

## Moralische Verhältnisse vernünftiger Wesen

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, ob die Gewerkschaften für oder gegen die Interessen der Untertanen arbeiten, wenn sie mit kontinuierlich wiederkehrenden Forderungen nach Lohnerhöhungen regelmäßig wiederkehrend auch dafür sorgen, daß der Staat das Mehr im Portemonnaie der Arbeitnehmer de facto künftig wieder einkassieren wird – als Steuern. Denn Steuern und Abgaben sinken nicht, wie von Politikern oftmals versprochen, sondern sie steigen ja ständig.

Philosoph und Freidenker Murray N. Rothbard (1926 – 1995) kam bereits zu der Erkenntnis, Steuern seien Diebstahl, wenn die Existenz der Untertanen lediglich dazu diene, nur deshalb zu arbeiten, um ihr Geld abzuliefern. Wird nicht freiwillig gezahlt, werden die Steuern und Abgaben entweder unter Androhung von roher Gewalt dann doch entrichtet, oder aber durch Selbstermächtigung auch unfreiwillig einfach eingezogen.

Sie haben sich sicherlich auch schon gefragt, wie Politiker angesichts 2012 prall gefüllter Staatskassen durch Steuereinnahmen im Rekord, Niedrigzinsen, prall gefüllter Sozial- und Krankenkassen überhaupt auf die Idee kommen, von ihren Untertanen immer mehr Geld zu verlangen? Was, wenn die Wirtschaft einbricht, die Steuereinnahmen sinken würden? Was, wenn die Bundesrepublik den Euro am Ende alleine retten muss?

Wirtschaftsexperten legten für die Untertanen der Wirtschaftsverwaltung den Steuersatz als optimal auf 25% fest. Uns wird eingehämmert, jeder Verbraucher hätte selbstverständlich die Pflicht zur Steuerzahlung, sonst würden unsere Politiker mit großzügigen Wahlversprechen zum Wohl aller Verbraucher keine Wählerstimmen mehr einkaufen, den Euro oder marode Banken nicht mehr retten, das Weltklima, oder auch den Krankenstand nicht mehr verbessern können.

Denn die Bürokratie in den 16 deutschen Ländern und in Brüssel verschlingt ja alleine schon Milliarden, weshalb der Staat für immer mehr erforderliche Rettungsmaßnahmen mit höheren Diäten für Europas Finanzierung natürlich auch immer mehr Geld braucht. Deshalb muß es ja jedem Untertan schließlich auch einleuchten, für nur ehrenhafte Ziele der Politiker vom leicht verdienten Geld dann den größten Teil auch mit Freude an sie abzuliefern. Denn Steuer hinterziehende Untertanen seien Betrüger und Anti-Europäer, die auch verfolgt werden müssten, wenn sie gegen die Gesetze der Bundesrepublik verstoßen.

Weil nur erfahrene Politiker in Sachen Umverteilung gerecht sein könnten, ganz systematisch alles auch immer teurer werden wird, man auch nicht nur das ausgeben kann, was einkassiert wird, sondern zur Kostendeckung ständig noch neue Schulden aufgenommen werden müssen, kommen demnächst nicht nur weitere Steuererhöhungen auf die Untertanen zu, sondern auch noch Zwangsanleihen auf Immobilien und Vermögensabgaben.

Daß der Staat das eingetriebene Geld auch sinnvoll einsetzt, dafür gibt es ja Beispiele, an denen alle Untertanen die guten Absichten der Politiker nachvollziehen können, wie u. a. die aktuellen Neubauprojekte Bahnhof Stuttgart, oder Flughafen Berlin zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, oder die durch EEG und Solar-Wahn überhöhten Strompreise für die Verbraucher, angehobene Geldstrafen, erhöhte Gebühren für "Ordnungswidrigkeiten", die ungehorsame Untertanen als erzieherische Maßnahmen möglicherweise noch schneller in den Ruin treiben sollen?

Unsere Politiker gehen sicherlich davon aus, daß die Solidargemeinschaft der Untertanen doch nichts dagegen einzuwenden haben dürfte, wenn sie im Sinne der Gerechtigkeit für alle ihre Untertanen dafür sorgen wollen, daß auch die Verbraucher in unseren Nachbarstaaten mit 60 Jahren in den wohlverdienten Ruhestand gehen dürften. Es wäre doch nur gerecht, wenn wir für solche edlen Ziele unserer Politiker Leistungskürzungen der Gesetzgeber für Ruheständler, die ihre Arbeitszeit nicht freiwillig auf 70 Jahre verlängern wollten, dann künftig doch auch gerne Vermögensabgaben,

Infrastrukturabgaben, Maut für PKW, Klimaabgaben, CO<sub>2</sub>-Steuer, Zwanganleihen auf Immobilien billigend in Kauf nehmen würden. Denn woher sollte der Staat das so dringend benötigte Geld sonst wohl nehmen, wenn nicht von seinen Verbrauchern? Jede eingeführte neue Steuer oder Abgabe wird früher oder später auch die Geringverdiener treffen.

Natürlich ist der Atomausstieg überaus wichtig, der von unseren Politikern aber zwingend weltweit eingefordert werden müsste. Selbstverständlich müssen Imker vom Staat dann auch subventioniert werden, wenn unsere Bienen als zarte Geschöpfe die Strahlenbelastung in Europa nicht verkraften, daher Imker für Verbraucher auch keinen Honig mehr produzieren könnten. Was sollten Imker denn sonst herstellen, wenn es keine Bienen mehr gäbe? Wie verkraften andere Wesen die Strahlenbelastungen auf unserem Planeten, die sich ebenso in der freien Natur aufhalten, von denen Verbraucher und Politiker gleichermaßen abhängig sind? Spielt es bei dem Gedanken an radioaktive Belastungen denn überhaupt noch eine Rolle, ob Verbraucher belastetes Fleisch von Pferden, Schweinen, Hühnern, Puten, Enten, Gänsen, Kaninchen, Wild, von Meerestieren oder von Rindern als Nahrungsmittel vorgesetzt bekämen? Sind Politiker denn nur alleine für diese Gefährdung der Schöpfung verantwortlich, wenn Politiker doch auch nichts anderes verspeisen könnten, als die radioaktiv belastete Natur ihnen in der Nahrungskette noch anzubieten vermag? Mit Rinderwahn werden ja nicht nur Rinder vernichtet, mitunter trifft das Echo auch den für Katastrophen verantwortlichen Politiker.

Aufgrund der hohen Steuern haben viele Untertanen schon für sich entschieden, daß es sich immer weniger lohnt, zu arbeiten. Aber dann werden immer mehr Untertanen von staatlichen Transferleistungen abhängig. Damit schaffen sich Politiker ein Heer von Wählersklaven, die dann eben nur den Politiker wählen, der ihnen ein paar Euro mehr verspricht. Für Versprechen, die gar nicht eingehalten werden könnten, lassen sich die Steuerzahler dann von den Behörden wie Freiwild behandeln, das man hemmungslos ausnehmen kann. In Folge werden immer weniger Arbeitersklaven bereit dazu sein, sich für Enteignung und Entwürdigung auch noch kaputt schuften zu sollen.

Dies soll natürlich kein Aufruf zum Steuerboykott sein für Leser, die Untertanen bleiben und sich als Vermögenssachen auch weiterhin steuern lassen wollen. Wer brav nicht nur jede noch so unsinnige Abgabe, sondern auch noch deren Erhöhungen in Kauf nehmen will, nur weil sie ihm unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit verkauft wird, kann mit seinen Fördermitteln die unheilvolle Steuerspirale natürlich noch solange unterstützend auf die Spitze treiben, bis sie sich für ihn aber auch zum Bumerang entwickeln könnte. Denn die atomare Geisel der Schöpfung könnte auch nicht durch Schwarzarbeit oder Auswanderung beseitigt werden.

Was sagt Immanuel Kant bereits zu moralischen Verhältnissen vernünftiger Menschen in seiner Schlußanmerkung ab Seite 488 in AA VI, Die Metaphysik der Sitten:

Zitat Anfang

*„Alle moralischen Verhältnisse vernünftiger Wesen, welche ein Princip der Übereinstimmung des Willens des einen mit dem des anderen enthalten, lassen sich auf Liebe und Achtung zurückführen und, sofern dies Princip praktisch ist, der Bestimmungsgrund des Willens in Ansehung der ersteren auf den Zweck, in Ansehung des zweiten auf das Recht des Anderen. –*

*Ist eines dieser Wesen ein solches, was lauter Rechte und keine Pflichten gegen das andere hat (Gott), hat mithin das andere gegen das erstere lauter Pflichten und keine Rechte, so ist das Princip des moralischen Verhältnisses zwischen ihnen transcendent (dagegen das der Menschen gegen Menschen, deren Wille gegen einander wechselseitig einschränkend ist, ein immanentes Princip hat).*

*Den göttlichen Zweck in Ansehung des menschlichen Geschlechts (dessen Schöpfung und Leitung) kann man sich nicht anders denken, als nur aus Liebe, d. i. daß er die Glückseligkeit der Menschen sei. Das Princip des Willens Gottes aber in Ansehung der schuldigen Achtung (Ehrfurcht), welche die Wirkung der ersteren einschränkt, d. i. des göttlichen Rechts, kann kein anderes sein als das der Gerechtigkeit. Man könnte sich (nach Menschenart) auch so ausdrücken: Gott hat vernünftige Wesen*

*erschaffen, gleichsam aus dem Bedürfnisse etwas außer sich zu haben, was er lieben könne, oder auch von dem er geliebt werde.*

*Aber nicht allein eben so groß, sondern noch größer (weil das Princip einschränkend ist) ist der Anspruch, den die göttliche Gerechtigkeit im Urtheile unserer eigenen Vernunft und zwar als strafende an uns macht. - Denn Belohnung (praemium, remuneratio gratuita) bezieht sich gar nicht auf Gerechtigkeit gegen Wesen, die lauter Pflichten und keine Rechte gegen das andere haben, sondern blos auf Liebe und Wohlthätigkeit (benignitas); - noch weniger kann ein Anspruch auf Lohn (merces) bei einem solchen Wesen stattfinden, und eine belohnende Gerechtigkeit (iustitia brabeutica) ist im Verhältniß Gottes gegen Menschen ein Widerspruch.*

*Es ist aber doch in der Idee einer Gerechtigkeitsausübung eines Wesens, was über allen Abbruch an seinen Zwecken erhaben ist, etwas, was sich mit dem Verhältniß des Menschen zu Gott nicht wohl vereinigen läßt: nämlich der Begriff einer Läsion, welche an dem unumschränkten und unerreichbaren Weltherrscher begangen werden könne; denn hier ist nicht von den Rechtsverletzungen, die Menschen gegen einander verüben und worüber Gott als strafender Richter entscheide, sondern von der Verletzung, die Gott selber und seinem Recht widerfahren solle, die Rede, wovon der Begriff transscendent ist, d. i. über den Begriff aller Strafgerechtigkeit, wovon wir irgend ein Beispiel aufstellen können (d. i. der unter Menschen), ganz hinaus liegt und überschwengliche Principien enthält, die mit denen, welche wir in Erfahrungsfällen gebrauchen würden, gar nicht in Zusammenstimmung gebracht werden können, folglich für unsere praktische Vernunft gänzlich leer sind.*

*Die Idee einer göttlichen Strafgerechtigkeit wird hier personificirt; es ist nicht ein besonderes richtendes Wesen, was sie ausübt (denn da würden Widersprüche desselben mit Rechtsprincipien vorkommen), sondern die Gerechtigkeit gleich als Substanz (sonst die ewige Gerechtigkeit genannt), die wie das Fatum (Verhängniß) der alten philosophirenden Dichter noch über dem Jupiter ist, spricht das Recht nach der eisernen, unablenkbaren Nothwendigkeit aus, die für uns weiter unerforschlich ist. - Hievon jetzt einige Beispiele.*

*Die Strafe läßt (nach dem Horaz) den vor ihr stolz schreitenden Verbrecher nicht aus den Augen, sondern hinkt ihm unablässig nach, bis sie ihn ertappt. - Das unschuldig vergossene Blut schreit um Rache. - Das Verbrechen kann nicht ungerächt bleiben; trifft die Strafe nicht den Verbrecher, so werden es seine Nachkommen entgelten müssen; oder geschieht nicht bei seinem Leben, so muß es in einem Leben nach dem Tode\*) geschehen, welches ausdrücklich darum auch angenommen und gern geglaubt wird, damit der Anspruch der ewigen Gerechtigkeit ausgeglichen werde. - Ich will keine Blutschuld auf mein Land kommen lassen, dadurch daß ich einen boshaft mordenden Duellant, für den ihr Fürbitte thut, begnadige, sagte einmal ein wohlthätiger Landesherr. - Die Sündenschuld muß bezahlt werden, und sollte sich auch ein völlig Unschuldiger zum Sühnopfer hingeben (wo dann freilich die von ihm übernommenen Leiden eigentlich nicht Strafe - denn er hat selbst nichts verbrochen- heißen könnten); aus welchem allem zu ersehen ist, daß es nicht eine die Gerechtigkeit verwaltende Person ist, der man diesen Verurtheilungsspruch beilegt (denn die würde nicht so sprechen können, ohne Anderen unrecht zu thun), sondern daß die bloße Gerechtigkeit, als überschwengliches, einem übersinnlichen Subject angedachtes Princip, das Recht dieses Wesens bestimme; welches zwar dem Formalen dieses Principis gemäß ist, dem Materialen desselben aber, dem Zweck, welcher immer die Glückseligkeit des Menschen ist, widerstreitet.*

*- Denn bei der etwanigen großen Menge der Verbrecher, die ihr Schuldenregister immer so fortlaufen lassen, würde die Strafgerechtigkeit den Zweck der Schöpfung nicht in der Liebe des Welturhebers (wie man sich doch denken muß), sondern in der strengen Befolgung des Rechts setzen (das Recht selbst zum Zweck machen, der in der Ehre Gottes gesetzt wird), welches, da das Letztere (die Gerechtigkeit) nur die einschränkende Bedingung des Ersteren (der Gütigkeit) ist, den Principien der praktischen Vernunft zu widersprechen scheint, nach welchen eine Weltschöpfung hätte unterbleiben müssen, die ein der Absicht ihres Urhebers, die nur Liebe zum Grunde haben kann, so widerstreitendes Product geliefert haben würde.*

*Man sieht hieraus: daß in der Ethik, als reiner praktischer Philosophie der inneren Gesetzgebung, nur die moralischen Verhältnisse des Menschen gegen den Menschen für uns begreiflich sind: was aber zwischen Gott und dem Menschen hierüber für ein Verhältniß obwalte, die Grenzen derselben gänzlich übersteigt und uns schlechterdings unbegreiflich ist; wodurch dann bestätigt wird, was oben behauptet ward: daß die Ethik sich nicht über die Grenzen der wechselseitigen Menschenpflichten erweitern könne.*

*\*) Die Hypothese von einem künftigen Leben darf hier nicht einmal eingemischt werden, um jene drohende Strafe als vollständig in der Vollziehung vorzustellen. Denn der Mensch, seiner Moralität nach betrachtet, wird als übersinnlicher Gegenstand vor einem übersinnlichen Richter nicht nach Zeitbedingungen beurtheilt; es ist nur von seiner Existenz die Rede. Sein Erdenleben, es sei kurz oder lang, oder gar ewig, ist nur das Dasein desselben in der Erscheinung, und der Begriff der Gerechtigkeit bedarf keiner näheren Bestimmung; wie denn auch der Glaube an ein künftiges Leben eigentlich nicht vorausgeht, um die Strafgerechtigkeit an ihm ihre Wirkung sehen zu lassen, sondern vielmehr umgekehrt aus der Nothwendigkeit der Bestrafung auf ein künftiges Leben die Folgerung gezogen wird.“*

Zitat Ende

Jahrhunderte lang mussten Untertanen nur den Zehnten abliefern. Frühere Nationalstaaten unterstehen heute der EU nur noch als Gliedstaaten, die sich seit Beginn der Wirtschaftskrise gegenseitig vor dem Untergang retten dürfen. Seit Einführung des EURO wurden wesentliche Bestimmungen der EU-Verträge wieder geändert, zuletzt mit der ESM-Abstimmung zur Herausbildung einer wohlthätigen Europäischen Finanzdiktatur. Unter schwersten Gewissenskonflikten wurde von unseren armen, überforderten Politikern sogar der Beteiligung der Bundesrepublik an völkerrechtswidrigen Kriegen auch noch zugestimmt.

Sie haben die Wahl, ob Sie das tatsächlich unterstützen und sich wieder mitschuldig machen wollen.

Mehr Informationen finden Sie auf unseren Weltnetzseiten:

<https://menschenrecht-amt.de/>

<http://zds-dzfmr.de/>

<http://zeb-org.de/>

Gemeinschaft der Menschen  
im Februar 2013